

Die AfD und die Fakten

Gefahr für Wirtschaft und Arbeitsplätze

Die AfD will den Euro als Währung abschaffen.*

Die Folgen:

- u Wechselkurs der D-Mark steigt.
- u Unsere Produkte werden fürs Ausland teurer.
- u Exporte gehen spürbar zurück.
- u Wirtschaft und Arbeitsplätze sind gefährdet.

*AfD-Bundestagswahlprogramm S. 15 ff.

Atomstrom statt Erneuerbare Energien

Die AfD glaubt, dass der Klimawandel eine Lüge und Atomenergie sicher seien. Sie will wie Trump das Klimaschutz- abkommen von Paris kündigen.*

Die Folgen:

- u Klimaveränderungen mit Überschwemmungen, Dürre und mehr Menschen auf der Flucht.
- u Erneuerbare Energien: Deutschland verliert seine Spitzenstellung bei Zukunftstechnologien.
- u Gefahr eines Super-GAU wie in Fukushima oder Tschernobyl.

u Noch mehr gefährlicher Atom Müll.
*AfD-Bundestagswahlprogramm S. 65 ff.

Gleichberechtigung für Frauen: eine Gefahr?

Die AfD will zurück in die 50er Jahre und Frauen als Vollzeit-Mütter.*

Die Folgen:

- u Frauen im Job werden nicht mehr gefördert.
- u Frauen droht Altersarmut, weil sie keine eigene Rente aufbauen.
- u Alleinerziehenden sollen die staatlichen Zuschüsse gestrichen werden.
- u Am Lohnunterschied von 21 % zwischen Frauen und Männern wird sich langfristig nichts ändern.

* 85 % der AfD-Mitglieder sind Männer. Die AfD ist gegen Quoten und lehnt Initiativen ab, die auf die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern aufmerksam machen. AfD-Bundestagswahlprogramm S. 40

Gute Bildung nur für Gutbetuchte

Die AfD verhindert den Aufstieg von Schulkindern. Sie will die Undurchlässige, scharfe Trennung von Sonderschule, Hauptschule, Realschule und Gymnasium.*

Die Folgen:

- u Wer sich keine Nachhilfe leisten kann, fällt schnell zurück.
- u Kinder mit Lernschwächen werden früh abgehängt.
- u Aufstieg durch Bildung wird ausgebremst.

* AfD-Bundestagswahlprogramm S. 43

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

Fakt ist
unser Wohlstand hängt vom export ab

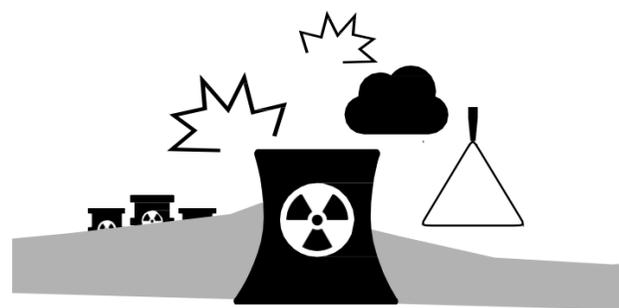
- u Fast die Hälfte aller deutschen Waren und Dienstleistungen werden exportiert – im Wert von ca. 104 Milliarden € jeden Monat.¹
- u Fast jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland hängt vom Export ab.²



¹ Quelle: Statista
² Quelle: Statistisches Bundesamt

Fakt ist
risiko kernenergie

- u In jedem deutschen Atomkraftwerk ist ein schwerer Unfall möglich.¹
- u Auslöser eines schweren Unfalls kann ein Erdbeben wie im Fall von Fukushima oder ein Terroranschlag sein.¹



¹ Quelle: Studie im Auftrag des BUND „Atomstrom 2016“

Fakt ist
GLEICHE CHANCEN FÜR MÄNNER UN FRAUEN

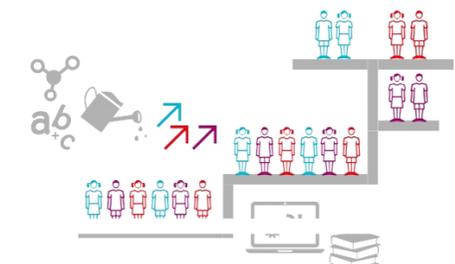
- u 93 % der Frauen zwischen 21 und 34 Jahren und 76 % der gleichaltrigen Männer wünschen sich einen Partner/eine Partnerin, der/die selbst für den eigenen Lebensunterhalt sorgt.¹
- u Während rund 83 % der Väter von Kindern unter drei Jahren in Vollzeit arbeiten, tun dies nur 10 % der Frauen. 1,5 Millionen Frauen mit einer Fachkraftausbildung würden gerne voll arbeiten, können das aber wegen mangelnder Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder nicht tun.²



¹ Quelle: Allmendinger/Haarbrücker (2013)
² Quelle: Statistisches Bundesamt / Stepstone

Fakt ist
aufstieg durch bildung

- u Langes, gemeinsames Lernen eröffnet allen Kindern gute Bildungschancen – egal, ob die Eltern reich sind oder nicht.¹
- u Gemeinsames Lernen und weniger Schultypen gehen nicht auf Kosten des Leistungsniveaus.¹



¹ Quelle: Studie ifo-Institut München (2007)

Gefahr für Wirtschaft und Arbeitsplätze

Atomstrom statt Erneuerbare Energien

Gleichberechtigung für Frauen: eine Gefahr?

Gute Bildung nur für Gutbetuchte

Steuerpolitik für Reiche

Rückkehr zum

Lohndumping Islamhass

Waffen für alle?

Rückkehr zum

Nationalismus Völkisch

Steuerpolitik nur für Reiche

Die AfD will eine Obergrenze für alle Steuern – Erbschafts- und ggf. Gewerbesteuer sollen abgeschafft werden.*

Die Folgen:

- u Weniger Investitionen in Gesundheit, Infrastruktur und Bildung.
- u Weniger Sozialleistungen.
- u Schwächung der Kommunen.
- u Schere zwischen Arm und Reich geht auseinander.

* AfD-Bundestagswahlprogramm S. 50 f.

Rückkehr zum Lohndumping

Mit dem Mindestlohn bekämpfen Menschen mehr Lohn als ihre Arbeit wert sei und das führe zu Arbeitslosigkeit, meint AfD-Spitzenkandidatin Weidel.*

Die Folgen:

- u Mindestlohn-Betrug wird nicht aufgedeckt.
- u Einzelne Unternehmen starten wieder den Wettbewerb um den niedrigsten Lohn.
- u Armut nimmt wegen Lohndumpings und einer schlechten Rentenentwicklung wieder zu.
- u Die Kaufkraft sinkt, das schadet auch den Unternehmen.

* Sendung Watschenberg 16.03.2017

Islamhass

Die AfD braucht ein klares Feindbild und verunglimpft eine ganze Religion: den Islam.*

Die Folgen:

- u Rund vier Millionen Menschen muslimischen Glaubens, die zum Teil seit Jahrzehnten friedlich bei uns leben, werden ausgegrenzt und diskriminiert.
- u Hass wird gesät und Hetze geschürt.
- u Gute Integration kann so nicht gelingen.
- u Unsere Gesellschaft wird gespalten.

* Islamische Theologie und die Ausbildung von Imamen an deutschen Universitäten will die AfD verbieten. AfD-Bundestagswahlprogramm S. 35

waffen für alle?

Die AfD macht sich für privaten waffenbesitz stark.*

Die Folgen:

- u Noch mehr Schusswaffen im Umlauf.
- u Noch mehr unschuldige Todesopfer. Das zeigen die Erfahrungen aus den USA.

* „Der Erwerb des Waffenscheins für gesetzestreue Bürger ist zu erleichtern.“ AfD-Bundestagswahlprogramm S. 25

Rückkehr zum Nationalismus

Die AfD will Deutschlands Austritt aus dem Euro und einen Rückbau der EU. Sie bejubelt den Brexit und will die Rückkehr zum Nationalismus.*

Die Folgen:

- u Weniger Jobs, weniger Freizügigkeit, weniger Bildungschancen für die Jugend Europas.
- u Die EU als Garant für Frieden und Sicherheit in Europa ist in Gefahr.
- u Die Nationalstaaten sind machtlos gegenüber den Herausforderungen der Globalisierung.
- u Europa der Einzelstaaten spielt politisch und wirtschaftlich in der Welt kaum noch eine Rolle.

* AfD-Bundestagswahlprogramm S. 7 und S. 14

Völkisch

Die Folgen:

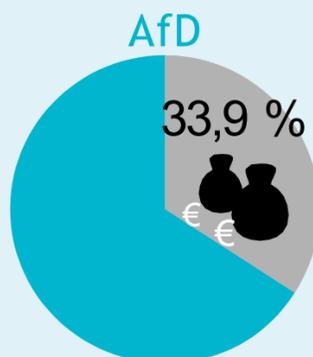
- u Ausgrenzung von Millionen Deutschen als Bürgerinnen und Bürger „zweiter Klasse“.
- u Intoleranz, Hass und Hetze gegen alles, was als „nicht-deutsch“ eingeordnet wird.
- u Die AfD bindet Wählerinnen und Wähler, die vorher die rechtsextreme NPD gewählt haben.
- u Mit der AfD drohen zum ersten Mal rechtsextreme Abgeordnete in den Bundestag einzuziehen.

* André Roggenburg, FAZ 27.06.2017; Bismarck, tagesspiegel.de (Seit an Seit mit Neonazis)

Fakt ist

AFD: partei der besserverdienenden

- u 33,9 % aller AfD-Sympathisanten gehören zum reichsten Fünftel der Bevölkerung. Weniger als 10 % der AfD-Anhänger machen sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation.¹

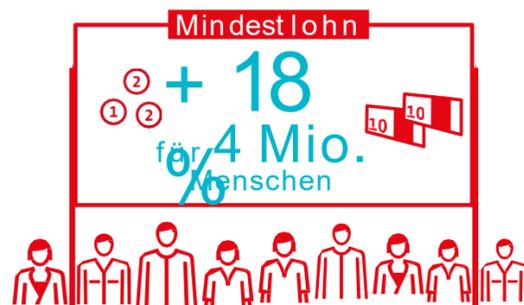


¹ Quelle: IW Köln

Fakt ist

der mindestlohn wirkt

- u Rund vier Millionen Frauen und Männer bekommen durch die Einführung des Mindestlohns deutlich mehr Lohn: durchschnittlich 18 %.



¹ Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Fakt ist

ZUWANDERUNG IST EIN GEWINN

Deutschland profitiert nicht nur kulturell, sondern auch finanziell beachtlich von den in Deutschland lebenden Ausländern.

- u 2012 zahlte jeder in Deutschland lebende Ausländer durchschnittlich 3.300 € mehr Steuern und Sozialabgaben als er an staatlichen Leistungen erhielt.¹
- u 6,6 Millionen Menschen ohne deutschen Pass sorgten so für ein Plus von 22 Milliarden Euro.¹

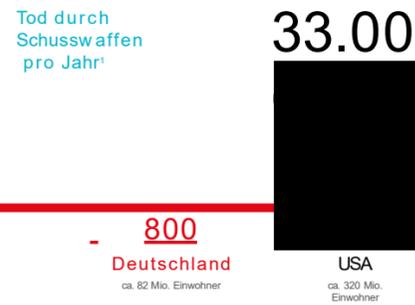


¹ Quelle: Studie der Bertelsmann-Stiftung (2014)

Fakt ist

schusswaffenopfer pro jahr

- u Unter 100.000 Menschen stirbt in Deutschland im Schnitt eine Person durch eine Schusswaffe.
- u In den USA sterben zehn Mal so viele.



¹ Quelle: gunPolicy.org, University of Sydney

Fakt ist

nur gemeinsam stark

Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte.

- u Mit einem Bruttoinlandsprodukt von über 14 Billionen Euro ist der europäische Binnenmarkt der größte einheitliche Markt der Welt.¹
- u Mehr als 70 Jahre Frieden unter den Mitgliedsstaaten der EU – so lange wie nie.



¹ Quelle: Statista

Fakt ist

vielfalt ist gut

- u Spaltung, Hass und Ausgrenzung schaden uns allen. Denn die Erfahrung weltweit zeigt: Tolerante und weltoffene Gesellschaften sind erfolgreicher und stärker.
- u Unternehmen, die auf kulturelle Vielfalt in ihrer Belegschaft setzen, führen mit 69 % deutlich häufiger neue oder verbesserte Produkte ein als Wettbewerber, bei denen das Thema in der Personalpolitik kaum eine Rolle spielt (48 %).¹



¹ Quelle: IW Köln (2014)